

Antrag

**der Abgeordneten Carl-Edgar Jarchow, Katja Suding, Dr. Thomas-Sönke Kluth,
Anna-Elisabeth von Treuenfels, Robert Bläsing (FDP) und Fraktion**

Betr.: Rechtsextreme Szene in Hamburg länderübergreifend bekämpfen

Nachdem im Zusammenhang mit der Aufklärung zum Themenkomplex NSU der Senat den Innenausschuss vor einiger Zeit intensiv über bestehende oder mögliche Terrorzellen informierte und seinerzeit auch einen Sachstandsbericht zur aktuellen Entwicklung rechtsextremistischer Aktivitäten abgab, stellt sich angesichts neuerer Ereignisse wie einer ungenehmigten Maskiertendemonstration in Harburg oder der geplanten Demonstration von Neonazis am 2. Juni 2012 die Frage nach dem aktuellen Stand der Verfassungsschutzarbeit. Erläuterungen über den frisch vorgelegten Verfassungsschutzbericht 2011 hinaus sind für das Parlament in der Hinsicht von hohem Interesse.

Der ebenfalls vorliegende Verfassungsschutzbericht 2011 aus Niedersachsen macht besonders deutlich, dass rechtsextremistische Aktivitäten in Norddeutschland immer stärker landesgrenzenübergreifend stattfinden. Insbesondere Aktionen in Hamburg werden verschiedentlich in wesentlichem Umfang vom Umland aus organisiert und personell unterstützt beziehungsweise von zugereisten Personen durchgeführt. Diese Erkenntnisse und die schon bekannten Lageanalysen lassen erwarten, dass sich die Lage im niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Umland ähnlich darstellt. Eine Befassung des Innenausschusses der Bürgerschaft mit der Situation der rechtsextremen Aktivitäten über die Landesgrenzen hinweg scheint daher nicht nur sachgerecht, sondern dringend geboten. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit der Verfassungsschützer ist zwingend geboten, um eine frühe und effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus zu gewährleisten.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Der Innenausschuss wird beauftragt, sich möglichst noch vor der parlamentarischen Sommerpause mit der aktuellen Entwicklung rechtsextremistischer Aktivitäten in Hamburg zu befassen. Die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden ersucht, in diese Sitzung des Innenausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft Referenten zu entsenden, die über die im Rahmen der veröffentlichten Verfassungsschutzberichte hinaus über deren dortige Lageanalysen und Maßnahmen berichten.
2. Der Senat wird ersucht, im Rahmen dieser Befassung über die aktuellen Lageerkenntnisse zu Rechtsextremismus in Hamburg in gleicher Qualität weiter zu berichten, wie er es anlässlich der Aufklärung des Themenkomplexes um die NSU im Laufe dieser Legislaturperiode bereits getan hat.